

Postwachstum, aus verschiedenen Blick- winkeln diskutiert

Die Diskussion zu Wirtschaftswachstum und dessen umstrittener Hegemonie ist in vieler Munde, läuft über weitgespannte politische und wissenschaftliche Diskussionszusammenhänge und bewegt auf der linken Seite des politischen Spektrums viele Menschen, die sich gegen den angeblich globalen Wachstumszwang und die Wachstumskonkurrenz mit grundlegender Kritik in Stellung bringen. Die renommierte sozialistische Zeitschrift *Monthly Review*¹ aus den USA widmete ihre Sommernummer 2023 ebenfalls dieser Thematik. In zwölf Beiträgen auf 170 Seiten wird Degrowth (häufig mit Postwachstum übersetzt) aus diversen Blickwinkeln und für unterschiedliche Situationen behandelt.

Acht Beiträge führen Degrowth bereits im Titel. Bei den vier anderen geht es um Degrowth in etwas spezifischeren Zusammenhängen. Der Schwerpunkt des Heftes liegt dabei weniger auf Degrowth als Konzept, sondern vielmehr auf einer Umsetzung im Zusammenhang mit einer geplanten Transformation in Richtung Sozialismus. Folgerichtig wurde als Hefttitel *planned degrowth, ecosocialism & sustainable human development* gesetzt.

Gemeinsamkeiten

Ersichtlich ist, dass alle Autor:innen die kapitalistische Produktionsweise für die ökologischen Zerstörungen verantwortlich machen. Der Zwang zur ständig erweiterten Akkumulation mit Kommodifizierung, Aneignung und Enteignung nimmt keine Rücksicht auf die begrenzten Ressourcen dieses

Planeten, plündert sie rücksichtslos aus und beeinträchtigt massiv den Stoffwechsel mit der Natur. Mit Marx spricht Foster von einem «metabolischen Bruch». Als Konsequenz der kapitalistischen Akkumulation ergibt sich Wachstum als Oberflächenerscheinung (Işıkara/Narin) und als immanenter sowie beständiger Zwang im Kapitalismus. In den Beiträgen werden die verschiedenen Dimensionen ökologischer Zerstörungen aufgelistet und mit den aktuellen wissenschaftlichen Befunden versehen. Konsens dürfte darin bestehen, dass unbedingt verhindert werden muss, dass sich die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit erhöht. Dieses Ziel könne allerdings weder mit einem imaginierten Geoengineering noch mit einem grünen Wachstum erreicht werden. Daher sei ein Bruch mit dem Kapitalismus unabdingbar. Ersetzt werden müsste er durch ökosozialistische Bestrebungen, durch einen Ökosozialismus.

Die Problematisierung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Wachstums- und Wohlstandsindikator scheint ebenfalls überall durch; bei Foster wird dieses Problem etwas ausführlicher behandelt. Gemeinsam ist indessen, dass für eine zukünftige Gesellschaft in bestimmten Bereichen Wachstum nötig ist, andere Bereiche jedoch reduziert oder sogar gänzlich eliminiert werden müssten. Von daher dürfte eher akzeptiert sein, dass Degrowth für den Globalen Süden – sehr explizit formuliert bei Işıkara/Narin – keine Perspektive bietet. Chen stellt dies dagegen infrage. Für eine nachahmende Wirtschaftsstrategie gemäss dem Vorbild der entwickelten Staaten spricht sich aber niemand aus, obwohl diese nach Foster sowohl in der Sowjetunion wie in China eine sehr schnelle Industrialisierung gebracht hat.

Weitere Elemente sind mehr oder weniger gemeinsam: Möglichst schnelle Abkehr von den fossilen Energieträgern und Reduktion des Energieverbrauchs, Einschränkung des Konsumismus, insbesondere beim obszönen Konsum der Superreichen (Hickel) durch massive Besteuerung, und Orientierung an der Sicherstellung der Grundbedürfnisse aller Menschen.

Auf der politischen Ebene unterstützt niemand repressive Formen des Sozialismus. Vielmehr sei ein ökologischer Sozialismus durchzusetzen, auch wenn bei einzelnen durchaus Sympathien für Kuba (Foster) oder Venezuela (Gilbert) vorhanden sind. Für alle ist damit Planung eminent wichtig. Ganz offensichtlich wird ein weitläufiges, höchst vielfältiges und nicht besonders übersichtliches Terrain betreten. Alle betonen hierzu die Notwendigkeit von radikaldemokratischen Prozessen und Entscheidungsfindungen.

Differenzen

Diese beginnen bei der Einschätzung der aktuellen Entwicklung. Am härtesten formuliert dies wohl Löwy. Seiner Ansicht nach hat die Katastrophe in einem gewissen Sinne bereits begonnen, und Katastrophen würden sich in den nächsten Jahrzehnten verschärfen. Für Löwy ist die ökologische Krise die wichtigste soziale und politische Frage des 21. Jahrhunderts. Klitgaard betont vehement, die Erhöhung um 2 Grad Celsius bedeute keinesfalls einen kleinen graduellen Anstieg, sondern stelle eine gefährliche bis sehr gefährliche Schwelle dar. Dies würde Hickel ebenfalls nicht bestreiten. Doch er wendet sich gegen eine pessimistische Sichtweise. Mit Verweis auf Peter Kropotkin (russischer Anarchist, 1842–1921) unterstützt er die Zentrierung der Ökonomie um das Wohlbefinden aller. Mit angepasster technologischer Erneuerung und Effizienzsteigerung sowie mit Suffizienz und Gleichheit sei es problemlos möglich, eine Weltbevölkerung mit zehn Milliarden Menschen zu erhalten und das 1,5-Grad-Ziel bis Ende 2100 zu erreichen beziehungsweise zu übertreffen. Hickel fügt allerdings hinzu, Degrowth müsse in eine Strategie für Ökosozialismus und Antiimperialismus eingebettet sein.

Offensichtlich befinden wir uns in diesem weiten Zukunftsfeld im Bereich vieler offener Fragen. Zweifellos aber werden die kommenden Jahre und Jahrzehnte Antworten geben. Ohne schnelle und scharfe Reduktion der CO₂-Emissionen dürfte der Entwicklungspfad mit grosser Wahrscheinlichkeit die Zwei-Grad-Schwelle überschreiten.

Die mit Degrowth verbundenen Strategien werden etwas divergierend verstanden und eingeschätzt. Im Kern vertritt Foster die etwas vage Hoffnung, dass mit Degrowth eine neue Zivilisationsphase erreicht werden könne. Diese liesse die aktuelle extraktivistische, verschwenderische, immer mehr Abfall produzierende, ökologisch nicht nachhaltige, schlecht entwickelte, ausbeuterische, ungleiche und klassenstratifizierte Weltorganisation hinter sich. Schmelzer/Hofferberth sehen Degrowth nicht als Zukunftsziel, sondern vielmehr als Transitionsprozess. Sie beziehen sich dabei auf das Vermächtnis von Rosa Luxemburg (1903) mit ihrer «revolutionären Realpolitik» und auf André Gorz (1967) mit seinen «nichtreformistischen, antikapitalistischen Reformen». Konkret müsste deshalb gezielt über radikale Reformvorschläge diskutiert werden. Für Işıkara/Narin mangelt es jedoch gerade hier bei Degrowth beziehungsweise dem Degrowth-Ansatz bis anhin häufig an stimulierenden Anregungen hinsichtlich einer geplanten Transformation. Hinzu kommt, dass sich eine neue Gesellschaft nicht einfach auf dem Papier entwerfen lässt, sondern von sozialen Bewegungen und den damit verbun-

den Kämpfen abhängt. Der Degrowth-Bewegung fehle die revolutionäre Ausrichtung, um die Totalität kapitalistischer Verhältnisse zu überwinden. Deshalb bleibe Degrowth ambivalent hinsichtlich Organisationsfrage, Einsatz von Gewalt und revolutionärem Bruch. Faktisch stünden sich in der Diskussion um Degrowth zwei Tendenzen gegenüber: Zum einen soll der Kapitalismus überwunden werden, wohingegen die andere, green degrowth, mit einem reformierten Kapitalismus durchaus kompatibel wäre. Ebenso ist für Chen der Begriff Degrowth zu vage, wenn er nicht mit Planung und radikaler Politik von unten verbunden ist; sowohl im Globalen Norden wie im Globalen Süden müsste ein alternatives sozialistisches System durchgesetzt werden.

Planungsprobleme

Dass Planung unabdingbar ist, wird von allen Autor:innen befürwortet. Für Graham bedeutet ökonomische Planung – in Übereinstimmung mit Löwy – nichts anderes als eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft. Nur damit liessen sich die sich vertiefenden ökologischen und klimatischen Krisen bewältigen sowie eine effektive Gleichheit herstellen. Doch sind damit bestenfalls die Rahmenbedingungen gegeben. Es dürfte nachvollziehbar sein, dass einerseits unterschiedliche Interessen und andererseits Koordinationschwierigkeiten vorhanden sind. Gemäss Foster würden Märkte nicht einfach wegfallen. Zentral sei jedoch die Kontrolle der Investitionen und Finanzen sowie insbesondere Entscheide über die Verwendung des erzeugten Mehrprodukts.

Ob es wirklich so einfach wäre, über die Grundbedürfnisse zu diskutieren und zu entscheiden, um dann auf einer Stundenkalkulation den Bereich der Heteronomie, also der unumgänglich notwendigen Arbeit zur gesellschaftlichen Reproduktion, festzulegen und schliesslich auf die arbeitsfähige Bevölkerung zu verteilen, wie dies Işıkara/Narin einbringen, bleibe dahingestellt – einfach dürften diese Berechnungen jedenfalls nicht ausfallen.

Vorschläge hin zum Ökosozialismus

Als wichtigster Punkt und als zwingende Bedingung sieht Löwy die Verbindung ökologischer Ziele mit einer Arbeitsplatzgarantie. Dies sei kein Problem, weil es Millionen von grünen Jobs gebe. Ein radikaler und häufig diskutierter New Green Deal könne wohl Teil der Strategie sein, doch müsse es in erster Linie darum gehen, ein ökologisches und sozialistisches Bewusstsein

zu schaffen, was nur mit der Selbstorganisation von unten vorangetrieben werden könne.

Für Foster genügt ein New Green Deal keineswegs, vielmehr müsste ein «People's Green Deal» in Richtung Sozialismus mit demokratischer ökologischer Planung verfolgt werden. Nur auf diese Weise gelinge es, die Priorisierung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung gegenüber den destruktiven Formen des Wachstums umzusetzen. Natürlich erwähnt Foster, was sofort wegfallen könnte beziehungsweise wegfallen müsste. Mit Işıkara/Narin lässt sich hinzufügen, dass sich der Sozialismus auf der ökonomischen Ebene auf die Gebrauchswertproduktion zur Sicherstellung der Befriedigung essenzieller Grundbedürfnisse aller Menschen konzentrieren sollte.

Eine ungeplante Wachstumsreduktion würde gemäss Klitgaard vor allem für die Arbeiter:innenklasse und die Armen zu einem Desaster führen. Dagegen schlägt er einen «Plan for the Future» vor. Der Schwerpunkt liegt für Klitgaard bei der Arbeit, die wieder einen Sinn haben und sich innerhalb der Grenzen der Natur bewegen müsse. Arbeitszeitreduktionen oder ein garantiertes Grundeinkommen genügen nicht. Vielleicht muss die notwendige Arbeit wegen der Reparatur der Schäden in der Biosphäre gar ausgedehnt werden. In der politischen Arbeit sind gemeinsame Aktivitäten und Allianzen zweifellos notwendig. In der Degrowth-Diskussion wird jedoch zu wenig auf den Widerstand gegen eine ökologische Transformation eingegangen. Dieser kommt nicht nur von Teilen der Arbeiter:innen und Konsument:innen; vor allem die kapitalistische Klasse wird sich gegen jegliche Einschränkung der Akkumulation zur Wehr setzen. All diesen Herausforderungen muss sich die Linke stellen. Doch die Aussicht auf ein geplantes Degrowth erscheint für Klitgaard allemal vernünftiger als ein chaotischer Kollaps.

Konkreter werden bei Işıkara/Narin drei Handlungsdimensionen behandelt: Re-Lokalisierung der Produktion, Autonomie und Selbstorganisation sowie Entscheidungsfindung durch soziale Institutionen und Prozesse («deliberation») mit dem Prinzip der Selbstverwaltung und der Wiederaneignung des «general intellect», wie dies Marx insbesondere in den Grundrissen etwas ausgeführt hat.

Schmelzer/Hofferberth stellen gleichsam zusammenfassend fünf Sets radikaler Reformen vor und diskutieren diese: erstens selektives Stimulieren von Bereichen bei gleichzeitigem Herunterfahren anderer Bereiche der Produktion; zweitens Demokratisierung der Wirtschaft; drittens umfassende Planung hinsichtlich sozialer Versorgung und Gleichheit; viertens intensive technologische Entwicklungsplanung; und schliesslich, fünftens, Realisie-

zung globaler Gerechtigkeit und ökologische Reparaturen. Vor allem bei diesem letzten Punkt hätten die reichen Länder die Hauptlast zu tragen. Die Zielsetzung der Reformen dürften jedoch nicht nationalistisch oder isolationalistisch geprägt sein. Vielmehr sollten regional verankerte, offene und verbundene ökonomische Beziehungen geschaffen werden, allerdings bei stark gestiegener lokaler Produktion. Anstehend sei damit ein ähnlicher Transformationsprozess wie die historische industrielle Revolution, nur müsste dieser sehr viel schneller realisiert werden.

Es wird ersichtlich, dass viele bedenkenswerte Vorschläge vorhanden sind, denen vorwiegend papierener Status zukommt. Prioritäten und aktuelle Durchsetzungschancen sind unterthematziert. Wie präsentiert sich daher die Situation in verschiedenen Staaten?

China, Venezuela und die USA

Der Beitrag des chinesisch-amerikanischen Professors an der Universität Utah, Li, ist spannend, weil er angesichts von gut dreissig Prozent der globalen CO₂-Emissionen von der Brisanz der chinesischen Politik für das Weltklima ausgeht. Viel wird in den kommenden Jahrzehnten davon abhängen, welche Zielsetzungen in China vorhanden sind, inwieweit diese erreicht werden und ob sich massive ökologische Verbesserungen ergeben. Li kommt mit seinen Berechnungen zum Schluss, dass China das Nachhaltigkeitsziel noch erreichen kann, wenn alsbald auf Wachstum verzichtet wird. Ob dies eintreffen wird, kann kaum vorausgesagt werden, doch der Pfad wäre gegeben. Vor allem aber besteht diese Möglichkeit nur, wenn eine entsprechende Planung vorliegt, und der Profit der Kapitalisten von zurzeit 27 Prozent des BIP eliminiert wird. Sollte dieser Planungspfad nicht erreicht werden, droht in China ein ökologischer und ökonomischer Kollaps. Was all diese Vorgaben für die Bewältigung der internen Konflikte in China bedeuten würden, ist nochmals schwieriger abzuschätzen, denn diese wurden bis anhin für die Arbeiter:innen mit ökonomischen Verbesserungen, bei, im weltweiten Vergleich, extrem langen Arbeitszeiten, abgefedert und mit autoritärer Kontrolle einzuhegen versucht. Vonnöten wäre wohl eine neue Form von Sozialismus, um eine Transformation der Machtverhältnisse und mehr Demokratie zu ermöglichen. Grundsätzlich gilt für Li freilich das Diktum: Ökologische Nachhaltigkeit benötigt Degrowth und Degrowth verlangt Sozialismus.

Gilbert legt dar, wie die von Hugo Chávez (ehem. Präsident Venezuelas) initiierte kommunalistische Bewegung Früchte trägt. Wegen der weitgehenden Wirtschaftsblockade gegen Venezuela beschleunigte sich die Bildung

von kommunalen Produktionsgemeinschaften. Diese sorgen in einem beachtlichen Ausmass für die Vermeidung von Mangel, setzen keineswegs auf Wachstum, bleiben kapitalistischen Versuchungen fern, besitzen Land und Maschinerie gemeinsam und setzen sich in gemeinsamen Diskussionen die jeweiligen Ziele. Eine Verbindung dieser Kommunen läuft über einen «Plan Pueblo a Pueblo». Damit sollen insbesondere Austausch und Versorgung zwischen Stadt und Land ermöglicht und verbessert werden. Diese demokratische, antikapitalistische und ökologische Basisbewegung verdient mehr Aufmerksamkeit, müsste indessen hinsichtlich regionaler Relevanz und Zukunftsperspektiven besser eingeschätzt werden können.

Für Hart-Landsberg ist eine ökosozialistisch inspirierte Transformation der USA dringend nötig. Energieverbrauch und Materialdurchsatz seien dabei massiv zu vermindern. Auch wenn eine Transformation zurzeit wenig realistisch erscheint, sollten diesbezügliche Erkenntnisse vertieft werden. Er beschäftigt sich daher mit den Umstellungen in den USA für die Kriegswirtschaft ab den 1940er-Jahren und kommt zum Schluss, dass in sehr kurzer Zeit und mit den Erfahrungen aus dieser Epoche sowie unter intensivem Einbezug aller Betroffenen in die Planung eine Transformation möglich wäre, was allerdings noch vertiefter und detaillierter untersucht werden müsste. Untersuchungen sind gut und recht, doch welche Ziele für die ökologischen Bewegungen in den USA prioritär sind und wie sich diese realistischerweise durchsetzen lassen, müsste ebenfalls gefragt werden.

Schlussbemerkungen

Zusammenfassend handelt es sich um ein sehr ansprechendes, anregendes und vielseitiges Heft von *Monthly Review*, das Grundsätzliches zur Verbindung von Degrowth und Planung von verschiedenen Seiten versammelt. Ohne Planung funktioniert Degrowth nicht, doch diese Strategie muss über den Kapitalismus hinausführen. Sie hat sich vordringlich auf die Sicherstellung der existenziellen Bedürfnisse der Menschheit auszurichten. Der reiche Norden wird die stärksten Veränderungen und die höchsten Kosten zu tragen haben; für den Globalen Süden steht keineswegs schnelleres Wachstum an. Anzustreben ist für die Autor:innen ein nachhaltiger Ökosozialismus, der weltweit ein neues und reichhaltiges Leben ermöglicht, wobei etwas allzu pauschal oder nur am Rande auf die Träger:innen oder Aktivist:innen dieser notwendigen Transformation eingegangen wird. Hier stellt sich wohl das grösste Problem: Angesichts weltweit höchst divergierender sozialer Situationen dürfte es nicht leichtfallen, einen gemeinsamen Nenner für

Allianzen und Strategien zur Überwindung der vielfältigen kapitalistischen Produktionsformen zu finden. Gelingt dies nicht, und akzentuiert sich zusätzlich die Schwäche der Linken, dann dürften autoritäre und neofaschistische Tendenzen weiter an Zustrom und Einfluss gewinnen.²

Besprochene Beiträge

- Chen, Ying: Degrowth – What's in a Name? Assessing Degrowth's Political Implications, 160–170
- Foster, John Bellamy: Planned Degrowth. Ecosocialism and Sustainable Human Development, 1–29
- Gilbert, Chris: «Where Danger Lies ...» The Communal Alternative in Venezuela, 72–84
- Graham, Nicolas: Planning and the Ecosocialist Mode of Cooperation, 126–141
- Hart-Landsberg, Martin: Planning an Ecologically Sustainable and Democratic Economy. Challenges and Tasks, 114–125
- Klitgaard, Kent: Planning Degrowth. The Necessity, History, and Challenges, 85–98
- Löwy, Michael: Nine Theses on Ecosocialist Degrowth, 154–159
- Hickel, Jason: On Technology and Degrowth, 44–50
- Işıkara, Güneý / Narin, Özgür: Degrowth & Socialism. Notes on Some Critical Junctures, 30–43
- Li, Minqi: Degrowing China – By Collapse, Redistribution, or Planning?, 51–71
- Schmelzer, Matthias / Hofferberth, Elena: Democratic Planning for Degrowth, 142–153

Anmerkungen

- 1 Monthly Review. An Independent Socialist Magazine. Planned Degrowth, July-August 2023 (Vol. 75, No. 3). Die Publikation *Monthly Review* (MR) wurde vom Historiker Leo Huberman und vom Marxisten Paul Sweezy im Jahr 1949 gegründet. Seit der Jahrtausendwende ist John Bellamy Foster verantwortlich. Foster (geb. 1953) ist ein ökosozialistischer Soziologe und unterrichtet an der Universität von Oregon in Eugene. Vertreten wurde über diese vielen Jahre eine kritische und parteiunabhängige Orientierung am Sozialismus. Wegweisende marxistische Artikel zu Ökonomie, Antimperialismus, Feminismus und Ökologie wurden veröffentlicht. Überdies werden jedes Jahr etliche Bücher publiziert und seit 2017 gibt es auch ein MR Online mit einer breiten Palette von kürzeren oder längeren Beiträgen von Autor:innen aus aller Welt. Die Zeitschrift erscheint jährlich mit elf Ausgaben.
- 2 Und als Ergänzung vonseiten der heutigen *Widerspruch*-Redaktion: Pierre Franzen, einer der Gründer und langjähriger Redaktor des *Widerspruch*, musste sich wegen gesundheitlicher Probleme vor gut zehn Jahren aus der Redaktionsarbeit zurückziehen. Bis zu seinem Hinschied im Herbst 2023 hat er die Arbeit der Redaktionsgruppe mitverfolgt und sie mit Hinweisen und Anregungen beliefert. Einer seiner letzten Vorschläge: «Die Monthly Review-Ausgabe zu Degrowth sollte rezensiert werden.» Der Autor freut sich, dass ihm diese Aufgabe übergeben wurde. Es war für ihn eine Ehre. Er hofft, dass dieser Beitrag im Sinne von Pierre Franzen mit seinen Qualitätsansprüchen realisiert werden konnte.

Literatur

- Gorz, André, 1967: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. Hamburg
- Luxemburg, Rosa, 1903: Karl Marx. In: Gesammelte Werke 1.2. Berlin, 369–377 («Revolutionäre Realpolitik», 373)
- Marx, Karl, 1857/58: Ökonomische Manuskripte, MEGA³, Zweite Abteilung, Bd. 1. Berlin 2006 (sog. «Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie», insbesondere das sog. Maschinenfragment: «Fixes Kapital und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft», 569 f.; Begriff des «general intellect», 582)